

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Die EU-Kommission hat in der vergangenen Woche den sogenannten beratenden Europäischen Fiskalausschuss eingerichtet. Dieser soll die EU-Kommission in fiskalpolitischen Angelegenheiten beraten. Der Ausschuss soll für eine bessere Einhaltung der gemeinsamen Fiskalregeln, eine fundiertere öffentliche Debatte und eine engere Koordinierung der nationalen Fiskalpolitik sorgen. In das Gremium wurden fünf europäische Wirtschaftswissenschaftler berufen. Dies kommentiert der DIHK folgendermaßen:

"Aus DIHK-Sicht scheint es fraglich, dass die Durchsetzung der bestehenden EU-Regeln für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten bisher an zu geringer externer Beratung gescheitert ist. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen der EU-Kommission ihre Haushaltsentwürfe zur Prüfung im Herbst vorlegen. Doch auch 2016 zeigt sich, dass einige Mitgliedstaaten mit Zahlen operieren, die entweder zu optimistische Prognosen zugrunde legen, oder Zahlen präsentieren, die gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen. Dabei hat EU-Kommissionspräsident Juncker ohnehin zusätzliche Flexibilität eingeräumt und auch der Rat bei wiederholten Verstößen lediglich Strafen von null Euro verhängt. Inwiefern das neue Gremium seine unabhängige Rolle ausüben wird, um eine verantwortungsbewusstere Haushaltspolitik einzufordern, bleibt abzuwarten. Sollte die EU-Kommission künftig konsequenter auf die

Einhaltung der Stabilitätskriterien achten, wäre schon viel erreicht."

Europäische Kommission

Mitgliedstaaten der Eurozone legen Haushaltspläne mit hohen Defiziten vor - Gesamtverschuldung der Euro-Länder wächst weiter

Es gelten strenge Vorschriften: Bis zum 15. Oktober mussten alle Mitgliedstaaten der Eurozone der EU-Kommission ihre Haushaltsentwürfe für 2017 zur Prüfung vorgelegt haben. Mit dieser Regelung, die vor einigen Jahren eingeführt wurde, sollen eine bessere Übersicht und Kontrolle über die Haushalte der Eurozonenstaaten erreicht und übermäßige Defizite verhindert werden. Die Analyse der Haushaltspläne zeigt jedoch, dass die Gesamtverschuldung der EU-Mitgliedstaaten 2017 voraussichtlich erstmals auf über zehn Billionen Euro ansteigen wird. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Höchstgrenze für die Neuverschuldung von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden einige Mitgliedstaaten auch im kommenden Jahr nicht einhalten. In Frankreich, Italien, Spanien und Portugal werden 2017 nicht nur neue Schulden gemacht, sondern auch die zu hohen Defizite prozentual gesehen kaum verringert. Deutschland hingegen plant mit einem Haushaltsüberschuss von 0,5 Prozent im nächsten Jahr.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Frankreich gibt im Haushaltsentwurf an, 2017 die Defizitquote von 3,3 auf 2,7 Prozent senken zu können und unterstellt dabei ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent. Jedoch prognostizieren IWF und OECD lediglich 1,2 beziehungsweise 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum. Ob Frankreich erstmals seit neun Jahren die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wieder einhalten wird, bleibt also fraglich. Ähnlich sieht es in Italien aus. Vergangenes Jahr wurde eine Senkung der Defizitquote auf 1,8 Prozent zugesagt. Dennoch ist im Haushaltsentwurf 2017 eine Defizitquote von 2,3 Prozent angegeben. Spanien hat zwar in den vergangenen Jahren Struktur-reformen durchgeführt, vernachlässigt seine Sparanstrengungen ohne gewählte Regierung in diesem Jahr jedoch deutlich. Trotz eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von 2,3 Prozent fürs nächste Jahr wird ein Defizit von 4,9 Prozent für dieses Jahr und 3,6 Prozent in 2017 erwartet.

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

